

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Sitzung der Bad Königer Stadtverordnetenversammlung am 02. Juli 2015
im Großen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesende:

a) von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher

SPD

Thomas Seifert

Stadtverordnete

SPD

Roger Nisch

SPD

Willi Jäckel

SPD

Gerhard Zeltner

SPD

Rainer Hofmann

SPD

Reinhold Nisch

SPD

Jürgen Pawlik

CDU

Martin Bereiter

CDU

Oswin Jäger

CDU

Jochen Blatz

CDU

Willi Reichert

CDU

Gerd Neugebauer

CDU

Sabine Trumpheller

ZBK

Steffen Urich

ZBK

Heike Jäger

ZBK

Dr. Georg Strack

ZBK

Andrea de la Haye

Bürgerliste

Bernd Gottschalk

Bürgerliste

Helmut Uhrig

Es fehlten entschuldigt:

SPD

Frank Bittner

SPD

Jürgen Reeg

CDU

Ludwig Fleck

ZBK

Martin Schlingmann

ZBK

Rolf Landgraf

ZBK

Beate Beerbohm

Bündnis 90/Die Grünen Hedwig Seiler

Bündnis 90/Die Grünen Peter Krebs

b) vom Magistrat

Bürgermeister

parteilos

Uwe Veith

Erster Stadtrat

CDU

Berndt Blumenschein

Stadtrat

SPD

Gernot Hofmann

Stadtrat

ZBK

Klaus-Dieter Kuckuk

ZBK

Roland Recebs

Es fehlten entschuldigt:

Stadtrat

CDU

Oliver Vogt

Stadtrat

SPD

Jörg Seifert

c) von der Verwaltung

Hauptamtsleiter

Thomas Lust

Stadtbaumeister

Matthias Paul

Schriftführerin

Anja Bundschuh

e) von der Presse

Frau Lehmann

TOP 1	Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
--------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher Thomas Seifert eröffnet die 40. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Legislaturperiode und begrüßt die anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und den erschienenen Zuhörer
Anschließend stellt er die form- und fristgerecht ergangene Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den 27 Damen und Herren Stadtverordneten sind 19 anwesend.

Der TOP 10 „Beratung und Beschlussfassung über die Bauleitplanung der Stadt Bad König, Baugebiet Am Gänsbrunnen“ wird von der Tagesordnung abgesetzt, da die Angelegenheit noch im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden muss.

Es gilt somit folgende

<u>Tagesordnung</u>

1. **Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
2. **Mitteilungen**
3. **Berichte**
 - a) **Berichte der Ausschussvorsitzenden**
 - b) **Berichte aus den Verbandsversammlungen**
 - c) **Eingegangene Anträge**
4. **Beratung und Beschlussfassung über eine Bürgerschaft für den Tennisclub Bad König e.V. (STVV 221)**
5. **Kenntnisnahme 1. Haushaltsbericht 2015 (STVV 222)**
6. **Beratung und Beschlussfassung zur Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO) (STVV 220)**
7. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag (abgeänderte Version) der ZBK-Fraktion vom 23.03.2015**
hier: **Einführung eines betrieblichen Vorschlagswesens (STVV 223)**
8. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag (abgeänderte Version) der ZBK-Fraktion vom 23.03.2015**
hier: **Aufstellung eines Bürgerhaushaltes (STVV 224)**
9. **Beratung und Beschlussfassung über eine Bauleitplanung der Stadt Bad König, hier: 1. Teilbereichsänderung B-Plan Nr. 21 „Lustgarten“ (STVV 226)**
 - a) **Abwägung der Anregungen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 i.V.m. § 13 BauGB und sofern durch die Abwägung der Stadtverordnetenversammlung keine wesentlichen Planänderungen beschlossen werden**
 - b) **Satzungsbeschluss der 1. Teilbereichsänderung gem. § 10 (1) i.V.m. § 13 BauGB**
10. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion vom 07.05.2015**
hier: **Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Abs. 2 HGO (STVV 225)**
11. **Anfragen**

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

Der Bürgermeister gibt den Magistratsbericht für die Zeit vom 07. Mai 2015 bis 01. Juli 2015. Die Mitteilungen werden zum Originalprotokoll genommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass der Stadtverordnetenversammlung eine vertrauliche schriftliche Mitteilung vom 25.06.2015, betreffend einer Verlustzuweisung an die Kurgesellschaft Bad König, vorliegt.

Aus gegebenem Anlass weist der Stadtverordnetenvorsteher auf die rechtlichen Regelungen zum Rederecht in den Ausschüssen und im Ortsbeirat hin.

Er zitiert aus:

- § 31 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zum Rederecht in den Ausschüssen
- § 82 Abs. 1 Satz 6 HGO und § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zum Rederecht im Ortsbeirat.

Er bittet um Beachtung.

Weiter teilt er mit:

- Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Herr Rolf Landgraf, zum Stellvertreter Herr Gerd Neugebauer gewählt.
- Die Besetzung im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss hat sich geändert. Herr Roger Nisch ist in den Haupt- und Finanzausschuss gewechselt, für ihn ist Herr Jürgen Pawlik nachgerückt.

Er weist abschließend noch auf Termine hin:

- In Ober-Kinzig findet das „Wäldchesfest“ am 04.07.2015 statt.
- In Bad König findet eine Veranstaltung von „pro Bad König“ ebenfalls am 04.07.2015 statt.

Die Einnahmen der beiden Veranstaltungen kommen gemeinnützigen Zwecken zu Gute.

- Die Verlegung der ersten „Stolpersteine“ findet am 17.10.2015 um 9.00 Uhr statt.

TOP 3 a) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Neugebauer berichtet über die konstituierende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.06.2015.

Herr Dr. Strack berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der am 11.06.2015 getagt hat.

TOP 3 b) Berichte aus den Verbandsversammlungen

Herr Neugebauer berichtet von der 11. Sitzung der Verbandsversammlung der ekom21, die am 30.06.2015 in Butzbach stattgefunden hat.

Der schriftliche Bericht wird zum Original des Protokolls genommen.

TOP 3 c) Eingegangene Anträge

Es sind zwei Anträge eingegangen:

- 1) Antrag der SPD-Fraktion vom 02.07.2015
Einheitsbäume zum Tag der Deutschen Einheit
Der Magistrat wird dazu aufgefordert, dass im Stadtgebiet der Kurstadt Bad König die in Deutschland begonnene Tradition des Pflanzens von drei Einheitsbäumen (Buche, Kiefer und Eiche in Form eines gleichschenkligen Dreiecks mit der Seitenlänge von zehn Metern) fortgesetzt wird.
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verweisen.
- 2) Antrag der SPD-Fraktion vom 02.07.2015
Markierungen der Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Straßen Bad Königs
Der Magistrat soll prüfen, inwieweit an geeigneten Stellen weiße Fahrbahnmarkierungen mit den entsprechenden Geschwindigkeitsbeschränkungen zur erhöhten Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer kostengünstig zu realisieren sind.
Der Antrag wird direkt in den Magistrat verwiesen.

TOP 4	Beratung und Beschlussfassung über eine Bürgschaft für den Tennisclub Bad König e.V. (STVV 221)
--------------	--

Herr Neugebauer berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 28.000 € zugunsten des Tennisclubs Bad König e.V. Die Bürgschaft dient ausschließlich der Absicherung einer Darlehensaufnahme zur beabsichtigten Erneuerung des Spielbelages in der Tennishalle.

Die Bürgschaft wird unter der Bedingung erteilt, dass im Zusammenhang mit dem Projekt gewährte Zuschüsse umgehend zur Sondertilgung des Darlehens eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen (7SPD,2BL,6CDU)
4 Stimmenthaltungen (4ZBK)

TOP 5	Kenntnisnahme 1. Haushaltsbericht 2015 (STVV 222)
--------------	--

Der 1. Haushaltsbericht 2015 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6	Beratung und Beschlussfassung zur Überprüfung der wirtschaftlichen Betätigung gemäß § 121 Abs. 7 Hessische Gemeindeordnung (HGO) (STVV 220)
--------------	--

Herr Neugebauer berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass nach Prüfung die Auffassung vertreten wird, im vorliegenden Fall der vorgenannten wirtschaftlichen Betätigung nach wie vor die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO zu erfüllen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen (7SPD,2BL,4ZBK,6CDU)

TOP 7	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag (abgeänderte Version) der ZBK-Fraktion vom 23.03.2015 hier: Einführung eines betrieblichen Vorschlagswesens (STVV 223)
--------------	---

Herr Neugebauer berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Ulrich spricht zum Antrag für die ZBK-Fraktion.

Herr Uhrig spricht gegen den Antrag.

Der Magistrat wird aufgefordert, das betriebliche Vorschlagswesen i.d.F. vom 24.10.1996 bis zum 31.12.2015 auf Aktualität und Praktikabilität zu überprüfen und ggf. anzupassen. Der Magistrat soll hiernach die Mitarbeiter in geeigneter Form informieren.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen (6SPD,4ZBK,6CDU)
2 Nein-Stimmen (2BL)
1 Stimmenthaltung (1SPD)

TOP 8	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag (abgeänderte Version) der ZBK-Fraktion vom 23.03.2015 hier: Aufstellung eines Bürgerhaushaltes (STVV 224)
--------------	--

Herr Neugebauer berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Ulrich spricht zum Antrag für die ZBK-Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung wird ab dem Jahr 2016 einzelne Teile des Haushaltsplans, der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzeptes in vereinfachter Form auf ihrer Website veröffentlichen. Ein Mehraufwand für die Verwaltung soll vermieden werden.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen (7SPD,2BL,4ZBK,6CDU)

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über eine Bauleitplanung der Stadt Bad König, hier: 1. Teilbereichsänderung B-Plan Nr. 21 „Lustgarten“ (STVV 226)
--------------	--

- | | |
|--|---|
| | <ul style="list-style-type: none">a) Abwägung der Anregungen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 i.V.m. § 13 BauGB und sofern durch die Abwägung der Stadtverordnetenversammlung keine wesentlichen Planänderungen beschlossen werdenb) Satzungsbeschluss der 1. Teilbereichsänderung gem. § 10 (1) i.V.m. § 13 BauGB |
|--|---|

Herr Dr. Strack berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung wägt die eingegangenen Anregungen untereinander und gegeneinander gerecht ab.

Nach der erfolgten Abwägung ergeben sich keine wesentlichen Änderungen der Planung. Somit wird der Satzungsbeschluss gefasst.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Teilbereichsänderung des Bebauungsplanes Nr. 21 „Lustgarten“. Die Änderung betrifft ausschließlich den, in dem Entwurf mit Gebiet 6.4. bezeichneten Teilbereich. Grundlage des Satzungsbeschlusses ist der Entwurf der Teilbereichsänderung, die textlichen Ausführungen zum neuen Teilbereich 6.4., sowie die Begründung und die Einbeziehung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die sich aus der Abwägung der Anregungen der Träger öffentlicher Belange ergeben haben.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der öffentlichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses. In der Bekanntmachung ist anzugeben, dass die Satzung nebst Begründung vom Tage der Bekanntmachung ab, von jedem während der allgemeinen Dienststunden im Rathaus, Bauamt, eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Mit der Veröffentlichung erhält die Teilbereichsänderung Rechtskraft.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen (7SPD,2BL,4ZBK,6CDU)

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion vom 07.05.2015
---------------	--

	hier: Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Abs. 2 HGO (STVV 225)
--	--

Herr Dr. Strack spricht zum Antrag für die ZBK-Fraktion. Der Akteneinsichtsausschuss soll aus jeweils 2 Vertretern jeder Fraktion bestehen und ein separater Ausschuss sein. Die Aufgaben sollen nicht vom Haupt- und Finanzausschuss übernommen werden.

Alle anderen Fraktionen sprechen sich gegen einen separaten Ausschuss aus.

Die Stadtverordnetenversammlung richtet gemäß § 50 Absatz 2 HGO einen Akteneinsichtsausschuss ein.

Gegenstand desselben sollen die Energielieferverträge der Stadt Bad König und die sich hieraus ergebenden rechtlichen, finanziellen und praktischen Konsequenzen für die Stadt sein.

- I.) Es sollen dabei insbesondere (jedoch nicht abschließend) folgenden Themenkomplexen nachgegangen werden:
 1. Gaslieferverträge
 2. Stromlieferverträge mit den Verträgen zur Konzessionsabgabe
 3. Wärmelieferverträge
- II.) Dem Ausschuss zur Einsichtnahme vorgelegt werden sollen dazu (nicht abschließend) u.a.:
 1. die Verbrauchszahlen der letzten 5 Jahre, differenziert nach Objekten
 2. die Liefermengen der letzten 5 Jahre, nach Ort und Termin und Lieferant unterteilt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (4ZBK)
 9 Nein-Stimmen (7SPD,2BL)
 6 Stimmenthaltungen (6CDU)

Der Ausschuss wird gemäß § 50 Abs. 2 HGO gebildet, da eine Fraktion dies verlangt hat.

TOP 11 Anfragen

Herr Roger Nisch fragt an, ob die Gemeindegewahlleiterin prüfen kann, ob Ausländerbeiratswahlen stattfinden können, obwohl in Bad König weniger als 1.000 ausländische Mitbürger ansässig sind. Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung mit diesem Thema schon beschäftigt ist und nach Prüfung entsprechendes Ergebnis mitgeteilt wird.

Frau Jäger möchte wissen, was die Verwaltung gegen die Parksituation vor dem Dönerladen, gegenüber der Gaststätte „Wacht am Rhein“ unternehmen will. Der Bürgermeister erklärt, dass die Situation bekannt ist. Dort ist absolutes Halteverbot angeordnet. Dies wird auch überwacht und entsprechend gehandelt.

Herr Reichert fragt nach den beiden Anträgen der CDU-Fraktion zur Verkehrssicherheit an der Asklepios Klinik und der Rosenhöhe. Der Bürgermeister erklärt, dass Hessen Mobil jetzt endlich auf die Anfragen geantwortet hat. Allerdings ging das Schreiben zum Landratsamt und nicht zur Stadt. Das Landratsamt und die Verwaltung werden entsprechend Rücksprache halten. Wahrscheinlich hängt die Genehmigung dieser Maßnahmen von Verkehrszählungen ab. Er wird zu gegebener Zeit weiter berichten.

Herr Gottschalk möchte wissen, ob auf der Argentat-Anlage Parkplätze eingerichtet werden können, zumal die dortige Springbrunnenanlage defekt ist, unschön aussieht und eine Reparatur nicht in Frage kommt. Der Bürgermeister erklärt, dass an dieser Vorstellung gearbeitet wird. Allerdings gab es eine Zusage der Bank sich hieran finanziell zu beteiligen. Zu prüfen ist hier, ob dies ggf. ein kreditähnliches Geschäft ist.

Herr Reinhold Nisch hat zwei Anfragen:
Sind schon Mittel als dem Sonderprogramm für Straßenerneuerung beantragt. Er denkt hier insbesondere an die sanierungsbedürftige Straße nach Momart.
Ist es möglich die fehlenden Pflastersteine auf dem Bürgersteig am Lebensmittelmarkt Kräuter zu ersetzen.

Der Bürgermeister erklärt, dass mit der Beantragung der Mittel aus dem Sonderprogramm das städtische Bauamt beauftragt ist. Zu gegebener Zeit wird hier berichtet. Die Sache mit den Pflastersteinen wird entsprechend weitergegeben.

Herr Ulrich möchte wissen ob es zum Stadtbuss neue Ergebnisse gibt. Der Bürgermeister berichtet, dass ein erneutes Treffen stattgefunden hat. Die Beteiligung war besser als zuvor. Ein Haus hatte erklärt sich finanziell zu beteiligen, trägt sich aber mit dem Gedanken einen eigenen Bus laufen zu lassen. Die zeitliche Schiene für weitere Unternehmungen ist aufgebraucht.

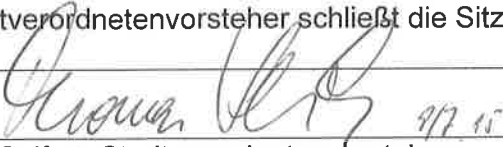
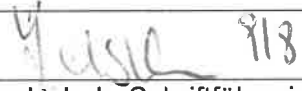
Herr Reinhold Nisch fragt an, ob man nicht die Supermärkte beteiligen soll. Der Bürgermeister erklärt, dass die Märkte angefragt worden sind. Von dort kam null Resonanz.

Herr Jäger möchte wissen, wann mit der Sanierung der Fußgängerunterführung unter der Eisenbahnbrücke in der Schwimmbadstraße angefangen wird. Der Bürgermeister erklärt, dass dies hohe Priorität hat. Allerdings sei der Haushalt noch nicht genehmigt.

Herr Uhrig hat zwei Anfragen. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt etwas gegen die Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Elisabethen-, Alexanderstraße zu unternehmen. Weiter möchte er wissen, wann die fehlende Bank im Kurgarten erneuert wird. Der Bürgermeister erklärt, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen immer wieder bemängelt werden. Zunächst könne man die Messtafel anbringen, um den Autofahrern bewusst zu machen, wie schnell sie fahren. Später kann man dann eine Messung durchführen. Die Sache mit der fehlenden Bank wird geklärt.

Frau Trumfheller möchte über den Sachstand Trinkwasserversorgung in Momart informiert werden. Herr Paul erklärt, dass man gerne in diesem Jahr noch anfangen würde, wenn der Haushalt genehmigt ist. Aufgrund des neuen HVTG (Hessisches Vergabe und Tariftreuegesetz) ist jetzt zwingend ab einer Beauftragung größer als 50.000 € für Dienstleistungen ein Interessenbekundungsverfahren bundesweit vorgeschrieben. Die Leistungsphasen 2-5 (bis Ausführungsplanung), die in diesem Jahr noch angegangen werden sollen, liegen zwar nur bei ca. 45.000 €, jedoch ist hierbei der Gesamtauftrag zu berücksichtigen. Je nach Möglichkeiten des Haushaltes soll das bis zu 1. Mio. € teure Projekt in den nächsten Haushaltsjahren abgearbeitet werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21.30 Uhr.

 Thomas Seifert, Stadtverordnetenvorsteher	 Anja Bundschuh, Schriftführerin
--	---